



30.09.2022

Liebe Genossinnen und Genossen,

liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

200 Milliarden Euro zur Senkung der Energiepreise!

»Die Preise müssen
runter!«

— Olaf Scholz kündigt
neuen Abwehrschirm mit
Gaspreisbremse an.

SPD
Fraktion im
Bundestag



mit den Scheinreferenden und der heute angekündigten Annektion der Gebiete Luhansk, Donezk, Saporischschja und Cherson hat der russische Angriffskrieg von Wladimir Putin eine weitere Eskalationsstufe erreicht. Umso wichtiger ist es, dass wir besonnen bleiben und mit weiteren Sanktionen Russland international politisch isolieren. Durch die noch ungeklärten Sabotageakte an den Pipelines NorthStream I und II wird einmal mehr deutlich: Wir müssen schnellstmöglich vollständig unabhängig von russischen Energieimporten werden. Das gelingt uns, indem wir neue Versorgungswege öffnen und die Erneuerbaren Energien schnellstmöglich ausbauen. Bundeskanzler Olaf Scholz war hierfür in der vergangenen Woche in Saudi-Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Katar, um neue Partnerschaften zu knüpfen. Dabei geht es aber nicht nur um fossile Energietoffe, sondern in erster Linie auch um den Austausch von Expertise für eine Co2-neutrale Zukunft,

beispielsweise durch die Entwicklung von Wasserstoff-Treibstoffen.

Putin führt einen Energiekrieg gegen uns. Wir sind stark genug, um dagegen zu halten und setzen im Kern bei den Energiepreisen an. Dafür hat Olaf Scholz einen Doppelwumms angekündigt. Mit 200 Milliarden Euro spannt der Bund einen Abwehrschirm für Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen. Neben der bereits beschlossenen Strompreisbremse kommt nun auch die Gaspreisbremse, damit alle ihre Rechnungen bezahlen können. Die Gasumlage wird nicht in Kraft treten, da sich die Situation überholt hat. Alle können sich auf die Unterstützung verlassen! Und diese Unterstützung ist auch dringend nötig.

Zusätzlich zur Strom- und Gaspreisbremse haben wir eine Senkung der Umsatzsteuer auf den Weg gebracht: Wir senken die Umsatzsteuer auf Gaslieferungen von 19 auf 7 Prozent. Zudem ermöglichen wir Unternehmen steuer- und abgabenfreie Boni in Höhe von bis zu 3000€ an ihre Beschäftigten auszuzahlen. Ich hoffe, dass viele Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber hiervon Gebrauch machen werden, um ihre Beschäftigten zu entlasten und die Inflation etwas auszugleichen.

Neben all der nötigen Maßnahmen zur Krisenbewältigung stärken wir Einkommen insgesamt. Zwei wichtige Punkte aus dem Koalitionsvertrag setzen wir jetzt um:

1. Wir haben es im letzten Jahr auf unsere Plakate geschrieben und schon morgen wird es umgesetzt: Der Mindestlohn steigt auf 12 Euro! Wir stärken damit die niedrigen Einkommen: Für eine Vollzeitbeschäftigung bedeutet das eine Steigerung des Einkommens von 1800 auf 2100 Euro Brutto. Alleine im Lahn-Dill-Kreis

werden hiervon 17.000 Menschen profitieren – das sind 15,6% aller Beschäftigten! In ganz Deutschland bedeutet das eine Gehaltserhöhung für rund 6 Millionen Menschen. Frauen und Beschäftigte in Ostdeutschland werden hiervon besonders profitieren.

- Die Bundesregierung hat in dieser Woche die größte Reform des Wohngelds seit 57 Jahren beschlossen: Zukünftig werden 2 Millionen Haushalte statt bisher 600.000 wohngeldberechtigt sein. Zudem integrieren wir den bisherigen Heizkostenzuschuss in die Wohngeldleistung und sorgen kurzfristig mit einem erneuten Heizkostenzuschuss dafür, dass alle aktuellen Wohngeldberechtigten eine Einmalzahlung erhalten, um die steigenden Energiepreise abzufedern. Ich ermutige alle zu prüfen, ob man anspruchsberechtigt ist. [Mit dem Wohngeldrechner des Bundesbauministeriums kann man das ganz einfach hier nachprüfen.](#)

Wir haben in dieser Woche vieles auf den Weg gebracht: Mit der Abschaffung der Kostenheranziehung in der Kinder- und Jugendhilfe können Jugendliche zukünftig ihre Einkünfte, beispielsweise aus einer Ausbildung, behalten – Bisher war es so, dass sie einen Teil abgeben mussten, wenn sie in einer Pflegefamilie oder einer Einrichtung der Kinder- und Jugendhilfe leben. Mit der Verlängerung des Kurzarbeitergeldes verlängern wir das Erfolgsinstrument aus der Corona-Pandemie und schützen Unternehmen und Arbeitsplätze. Dies haben wir in dieser Woche endgültig beschlossen. [\(Hier geht es zu meiner Rede aus der vergangenen Woche\)](#)

Die Haushaltsverhandlungen sind im vollen Gange: Im Oktober werden wir abschließend über den Bundeshaushalt 2023 beraten. Ich freue mich sehr, dass auf unsere Initiative hin, der Mittelansatz für die Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderinnen und Zuwanderer (MBE) um 24 Millionen erhöht werden konnte. Der Ansatz steigt damit erneut auf ein Rekordniveau von über 80 Millionen Euro. Viele Träger haben mich in den vergangenen Wochen angeschrieben, daraufhin habe ich mir vor Ort in Dillenburg beim DRK und der Caritas sowie bei der AWO in Herborn ein Bild von der wichtigen Arbeit gemacht. Umso schöner ist es, dass wir Erfolg hatten und die Arbeit der MBE weiterhin sichergestellt ist. [\(Hier geht es zu meiner Pressemitteilung\)](#)

In der letzten Woche habe ich zum Jubiläum des 100. Newsletters eine Berlinfahrt verlost. Vielen Dank an alle die mitgemacht haben! Die glückliche Gewinnerin ist **Nathalie Rücker**, mein Team wird sich demnächst melden, um alles abzustimmen. Herzlichen Glückwunsch!

Zum Abschluss dieser vollen Sitzungswoche noch ein Ausblick auf die kommende Woche: Nachdem am Montag der Tag der Deutschen Einheit ist, habe ich am Dienstag um 19 Uhr meinen Kollegen Timon Gremmels zu Gast, um im Nachbarschaftszentrum Niedergirmes über den Ausbau der Erneuerbaren Energien und den Umgang mit der aktuellen Energiekrise zu sprechen. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen! [Zur Anmeldung geht es hier.](#) Am Donnerstag bin ich um 15 Uhr gemeinsam mit Christoph Degen auf Instagram live, um über die Mindestloohnerhöhung zu sprechen. Schaut gerne auf dem Account der HessenSPD rein!

Mit solidarischen Grüßen
Dagmar Schmidt



Von der Bundesregierung beschlossen:

Mehr Wohngeld für Millionen!

- 👉 Statt 600.000 profitieren künftig **2 Millionen** Haushalte.
- 👉 Dauerhafter **Heizkostenzuschuss** und **Klimakomponente** entlasten bei steigenden Wohnkosten. **Damit steigt das Wohngeld** im Schnitt von 180 Euro auf rund 370 Euro pro Monat.
- 👉 Wohngeld ist künftig **schneller und einfacher** bei Euch.